

SCHNELL VERSTANDEN

Nils M. Franke/[www.antisla.de](http://www.antisla.de)

# „DAS IST NICHT UNSER KRIEG!“

Die Positionierung rechtsextremistischer, rechtspopulistischer und Gruppierungen der Neuen Rechten zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine



**Antisla.de**

Das Portal zur Information über antislawischen Rassismus



„DAS IST NICHT  
UNSER KRIEG!“

**Antisla.de**

Umschlag vorn: Graffiti in Berlin im November 2023 „Das ist nicht unser Krieg“; Umschlag hinten:  
Graffiti in Berlin im November 2023 „Ukrainer fährt Porsche, Berliner Bus“

# INHALT

---

<b>1. Antislawischer Rassismus? Neues Aufflackern einer alten Ideologie?</b>	5
Das Projekt Antisla – ein Präventionsprojekt des Erich Zeigner Haus e.V. für JournalistInnen und alle Interessierte	7
<b>2. Provokation als Hauptmittel der RechtsextremistInnen, RechtspopulistInnen und der Neuen Rechten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung</b>	9
<b>3. Die Positionierung rechtsextremistischer, rechtspopulistischer und Gruppierungen der Neuen Rechten zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine seit 2022</b>	15
Positionierung	17
Phase 1: Erste Reaktionen	18
Phase 2 : Ausdifferenzierung der Positionen <i>Pro Russland</i> bzw. <i>Gegen die Ukraine</i>	19
Der III. Weg	20
Die Heimat (ehemals NPD)	22
Neue Stärke Partei	24
Identitäre Bewegung	26
RechtspopulistInnen/RechtsextremistInnen: Die AfD	28
Ein Prozent	30
Compact	32
PI-News	34
PEGIDA	36
Phase 3: Festlegung der AfD – November 2023	38
Befunde der „Mitte-Studie“	39
<b>4. Zusammenfassung</b>	41
<b>5. Glossar</b>	43



# 1. Antislawischer Rassismus? Neues Aufflackern einer alten Ideologie?





## Das Projekt Antisla – ein Präventionsprojekt des Erich Zeigner Haus e.V. für JournalistInnen und alle Interessierte

Der Krieg in der Ukraine hat große Fluchtbewegungen ausgelöst. Deutschland hat neben Polen den meisten Menschen Schutz gewährt. Über 1,1 Millionen UkrainerInnen wurden aufgenommen. Dieses politische Ereignis ruft allerdings auch RechtsextremistInnen und RechtspopulistInnen auf den Plan. Sie bringen sich in Stellung und wittern ihre Chance. Ähnlich wie 2015/2016 wollen sie die Ankunft der Geflüchteten für ihre Zwecke nutzen.

Damals gelang es ihnen, die anfängliche Willkommenskultur deutlich ins Negative zu drehen. Die Hetze gegen Menschen z. B. aus Syrien und später aus Afghanistan nahm zu.

Im Falle des Krieges in der Ukraine können sie zudem auf die alten Rezepte des Nationalsozialismus zurückgreifen. Damals war die Rede vom „ostischen Untermenschen“ oder vom „jüdischen Bolschewismus“. Das Projekt „Antisla“ des Erich Zeigner Hauses e.V. richtet sich vor allem an JournalistInnen, um sie für das Thema und das Vorgehen von RechtsextremistInnen und RechtspopulistInnen zu sensibilisieren. Denn JournalistInnen sind immer noch die wichtigsten AkteurInnen bei der öffentlichen Willensbildung.

Aber auch alle anderen Interessierten sind willkommen.



*Das Erich-Zeigner-Haus in Leipzig-Plagwitz*



## 2. Provokation als Hauptmittel der RechtsextremistInnen, RechtspopulistInnen und der Neuen Rechten zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung

Götz Kubitschek veröffentlichte 2007 seine Publikation „Provokation“ und prägte damit seitdem die Hauptstrategie des deutschen Rechtsextremismus, Rechtspopulismus und der Neuen Rechten.



G. Kubitschek: wichtigster Vordenker der Neuen Rechten (Pegida-Veranstaltung am 13.04.2015)



# Provo

„Provokation, kluge, arrogante, witzige, schockierende, plötzliche, stete, situative Provokation ist für unsere Zwecke das unausweichliche und das geeignete Mittel.“

G. Kubitschek: Provokation. Vier Texte. Schnellroda 2007. S. 22

„Für uns ist Provokation keine Verkaufsstrategie, und die Hoffnung auf Einbau in den satten Diskurs gäbe all unser Tun der Lächerlichkeit preis. Unser Ziel ist nicht die Beteiligung am Diskurs, sondern sein Ende als Konsensform, nicht ein Mitreden, sondern eine andere Sprache, nicht der Stehplatz im Salon, sondern die Beendigung der Party.“

G. Kubitschek: Provokation. Vier Texte. Schnellroda 2007. S. 25

Diese Hauptstrategie übernahm Götz Kubitschek von der politischen Linken. Rudi Dutschke formulierte bereits in der 1968er Revolte:

# — kation

„Mit Provokationen können wir uns einen öffentlichen Raum schaffen, in den wir hinein unsere Ideen, unsere Wünsche und unsere Bedürfnisse hineinlegen können. Ohne Provokation werden wir überhaupt nicht wahrgenommen. Darum sind die Provokationen unerlässliche Voraussetzungen für die Öffentlichkeitsarbeit.“

R. Dutschke, wichtigster Studentenführer in der 1968er Revolte am 3. November 1967 in der ARD-Sendung Monitor



Rudi Dutschke (bei einer antiamerikanischen Demonstration in Amsterdam, 11. Februar 1968)



Pflasterstein und Anstecker „enteignet Springer“. Damit war die Verlagsgruppe Axel Springer gemeint, die bis heute u. a. die Bild-Zeitung herausbringt und von der 1968er Bewegung als reaktionär und als Mittel der „Verdummung der Massen“ betrachtet wurde.



## **Provokation im öffentlichen Raum zielt auf die Beunruhigung in der Bevölkerung**

Der russische Angriffskrieg auf die Ukraine ist für RechtsextremistInnen, RechtspopulistInnen und die Neue Rechte ein guter Anlass, um die Bevölkerung in Deutschland zu verunsichern.

Denn er bedeutet:

- Verteuerung der Lebenskosten
- Angst vor einem Atomkrieg
- Furcht vor einem Angriff Russlands auf die Nato
- Misstrauen gegenüber Geflüchteten
- Furcht vor wirtschaftlichem Abstieg
- Angst vor Energieabhängigkeit
- Furcht vor der Besetzung des Baltikums
- Sorge um den Zusammenhalt Europas



Zerstörtes Haus im Donbass: <https://www.youtube.com/watch?v=iDdGrE-DypQ>

## Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine: Faktor der Verunsicherung

Unruhe in der Öffentlichkeit kommt RechtsextremistInnen, RechtspopulistInnen und der Neuen Rechten entgegen. Denn sie hoffen, dass nun wieder der Ruf nach der vermeintlich ordnenden Hand eines autoritären Staates erklingt.

„Die deutsche, die deutsche Regierung hat geschworen, das Wohl – des deutschen Volkes zu fördern und zu mehren, aber sie tut das Gegenteil, sie stoßen es, sie stoßen uns in Not und Elend. Noch haben wir nicht die Macht, noch haben wir die Hebel der Macht nicht in der Hand, aber wir als AfD sind als starker Arm, auch der außerparlamentarischen Opposition in Thüringen, mittlerweile die stärkste Kraft und wir werden 2024 die Machtfrage stellen.“

Transkript der Rede von Björn Höcke am 3.10.2022 in Gera:  
<https://vvn-bda.de/hoeckes-geraer-rede/download>  
29.2.2024



Der MdL Björn Höcke bei einer Kundgebung in Mödlareuth/Thüringen





### 3. Die Positionierung rechtsextremistischer, rechtspopulistischer und Gruppierungen der Neuen Rechten zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine seit 2022



## Positionierung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, hat die deutsche Öffentlichkeit überrascht. Auch RechtsextremistInnen, RechtspopulistInnen und die „Neue Rechte“ mussten dazu rasch eine politische Position finden.

Traditionell fällt diese Aufgabe der Neuen Rechten zu, da sie per se den Anspruch erhebt, Inhalte zu reflektieren und in eine Perspektive zu rücken, die von rechtskonservativen bis rechtsextremen AkteurInnen geteilt werden kann. Daraus ergeben sich programmatische Positionen und sogar Strategien.

Im Falle des russischen Angriffskrieges auf die Ukraine ist dies jedoch nur unzureichend gelungen. Die Publikationen und Wortmeldungen der Neuen Rechten schwankten auffällig zwischen Hilfe für die Ukraine, der Unterstützung Russlands oder der Position, dass der Krieg nicht im nationalen Interesse Deutschlands sei. Die unterschiedlichen Auffassungen erschwerten eine einheitliche Positionierung.

Angesichts des Scheiterns der Neuen Rechten haben sich die einzelnen Akteure der rechtsextremen und rechtspopulistischen Szene ideologisch eigenständig positioniert. Dabei werden auch rassistische Positionen formuliert. Teilweise ist das ideologische Erbe des Nationalsozialismus deutlich präsent.

Im Folgenden stellen wir den Prozess der Positionierung von rechtsextremen und rechtspopulistischen AkteurInnen gegenüber dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine in drei Phasen dar.

## Phase 1: Erste Reaktionen

Pro Russland – Gegen die Ukraine

In der ersten Phase stellten sich RechtsextremistInnen, RechtspopulistInnen und die „Neue Rechte“ fast geschlossen auf die Seite Russlands. Begründet wurde diese Haltung mit der Annahme, Russland sei zum Handeln gezwungen worden. Die NATO-Staaten unter Führung der USA hätten das Land immer weiter eingekreist. Ein Befreiungsschlag sei notwendig gewesen. Neonazistische Kleinstparteien wie der III. Weg, der langjährige Kontakte zur ukrainischen nationalistischen Asow-Bewegung unterhielt, oder die „Neue Stärke Partei“ (NSP) sprachen sich für eine Unterstützung der Ukraine aus.

Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 61



Logo des III. Weg



Verbandsabzeichen der Asow-Brigade

Die AfD positionierte sich in der ersten Phase nicht eindeutig. Sie wartete ab, ließ jede Meinungsäußerung zu und beobachtete das sich entwickelnde Meinungsspektrum.



## Phase 2 : Ausdifferenzierung der Positionen *Pro Russland* bzw. *Gegen die Ukraine*

In der zweiten Phase arbeiteten RechtsextremistInnen, RechtspopulistInnen und die Neue Rechte ihre Positionen nach und nach aus.

### Parteien

---



Dritter Weg, Heimat, Neue Stärke Partei, Freie Sachsen, AfD

### Bewegungen

---



EinProzent, Pegida, Identitäre

### Medien

---



PI News, Compact, Institut für Staatspolitik

## Der III. Weg

„Für uns bedeutet diese Lehre aus der Geschichte nichts weniger, als dass es kein „Es ist nicht unser Krieg“ geben kann, sobald einer der alten Feinde Europas, egal ob Washington oder Moskau, erneut mit Gewalt nach Teilen von Europa greift. Wenn Raketen und Bomben eines Imperiums, das den asiatischen Raum in ganzer Länge einnimmt, europäische Städte auslöschen, die im Gegensatz zu westeuropäischen Metropolen noch nicht gut zur Hälfte von nichteuropäischen Fremden, sondern von echten, weißen Europäern besiedelt sind, so haben wir vor uns nicht weniger einen Angriffskrieg gegen unsere rassische Substanz, als durch die „stille“ Migrationswaffe der westlich-liberalen Einwanderungspolitik. Wenn die Invasoren jener angreifenden Macht einen Kampf gegen tatsächliche oder vermeintliche „Nazis“ als Kriegsnarrativ ausrufen und rote Fahnen mit Hammer und Sichel Nationalsymbole einer europäischen Nation in deren besetzten Städten verdrängen, so sollte uns klar werden, dass der alte Kreuzzug des Bolschewismus gegen die souveränen Völker und Kulturen Europas kein abgeschlossenes historisches Kapitel ist.“

<https://der-dritte-weg.info/feder-und-schwert-lxiii-ist-es-wirklich-nicht-unser-krieg>  
Download 6.9.2023



### **Einordnung**

Der III. Weg positioniert sich mit seiner Wortmeldung klar gegen die AfD. Deren Standpunkt, Deutschland habe mit dem Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine nichts zu tun und es solle sich völlig neutral verhalten, wird abgelehnt. Vielmehr schliesst der III. Weg inhaltlich an die nationalsozialistische Propaganda von „einem Kreuzzug des Bolschewismus gegen die souveränen Völker und Kulturen Europas“ an sowie an tiefliegende Ängste Mitteleuropas vor Osteuropa. Der Angriff sei zudem höchst bedrohlich, weil er vermeintlich „reinrassige Europäer“ in den ukrainischen Städten treffe und nicht die mitteleuropäischen Metropolen mit ihren vielfältigen Kulturen und Menschen. Gleichzeitig wird Russland als feindlicher Akteur mit den USA gleichgesetzt. Diese werden verdächtigt, ihre Lebenswelt durch eine aktive Einwanderungspolitik in West- und Mitteleuropa zu etablieren. Damit würde der „deutsche Rassekern“ bedroht.

**Der III. Weg** ist eine rechtsextremistische Partei mit bundesweit etwa 700 Mitgliedern (Stand 2022). In ihrem 10-Punkte-Programm vertritt sie Positionen wie „Schaffung eines deutschen Sozialismus“ oder „Kein deutsches Blut für fremde Interessen“. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 51/84.*  
<https://der-dritte-weg.info/zehn-punkte-programm/>. Download 22.2.2024

## Die Heimat (ehemals NPD)

„Unsere europäischen Völker können es sich weder erlauben, in durch migrationsbedingte Rassenunruhen bzw. Religionskämpfe ausgelösten Bürgerkriegsszenarien, noch im Fleischwolf von Bruderkriegen ihre zeugungsfähige Generation verbluten zu lassen. Ohne indigene Europäer auf diesem Kontinent spielt auch die Frage nach der nationalstaatlichen Souveränität keine Rolle mehr. – Die ideologische Aufgabe der Ethnonationalisten Europas von heute ist es, historisch Friedensforschung zu betreiben und politisch Friedenskonzepte zu entwickeln. Die Historiker in unseren Reihen mögen beginnen historische Friedensinitiativen zu analysieren.“

<https://die-heimat.de/nationalistische-friedenspolitik/>  
Download 10.4.2024





### **Einordnung**

Die Partei „Die Heimat“, ehemals NPD, findet ihre Position zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine im Konzept des sogenannten Ethnopluralismus. In diesem Konzept behaupten die RechtsextremistInnen, dass sie nicht fremdenfeindlich seien bzw. keine rassistischen Positionen vertreten würden. Vielmehr argumentieren sie, dass Fremde ihrer Heimat entwurzelt seien und nur dann ein glückliches Leben führen könnten, wenn sie in ihren „angestammten Lebensraum“ zurückkehrten. Folglich könnten alle Völker in Frieden und Freundschaft zusammenleben, wenn die Angehörigen jeder Nation in ihrem Staat blieben.

Das Unrealistische an diesem Konzept ist die Tatsache, dass es in der Geschichte immer Migration gegeben hat. Das Rassistische an dieser Position ist die Angst vor der Vermischung der Ethnien. Damit würde der jeweilige „Rassekern“ entwertet.

Ethnopluralismus ist also nichts anderes als verkleideter Rassismus. Im vorliegenden Text der Heimat zum Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine kann die Partei Die Heimat aus diesem Konzept heraus zum inneren und äußeren Frieden aufrufen. Sie kann sich als Friedensbotschafterin inszenieren, vertritt aber in Wirklichkeit eine menschenfeindliche Position.

**Die Heimat:** Die rechtsextremistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hat sich im Jahr 2023 in „Die Heimat“ umbenannt. Im Jahr 2022 hatte die NPD noch rund 3 000 Mitglieder. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 51.*

## Neue Stärke Partei

### „Solidarität mit der Ukraine

In der BRD-Gesellschaft entsteht momentan der Eindruck, dass alle Nationalisten hinter Vladimir Putin stehen würden. Dies trifft nicht zu!

Wir stehen nicht hinter Kommunisten und genauso wenig zur kapitalistisch geprägten NATO. Wir, die Neue Stärke Partei, drücken unsere Solidarität mit dem ukrainischen Volk selbst aus. Es geht um unsere weiße Rasse, um unseren Kontinent und den Ukrainern wird der Krieg um ihr Volk und ihre Souveränität soeben aufgezwungen!

Damals wie heute – Kommunisten töten. Putin führt das Verbrechen von Stalin und die damit verbundene kommunistische Schreckensherrschaft weiter. Die europäischen Völker müssen jetzt zusammenstehen.

Die Blindheit im nationalen Lager, gewisse Situationen nicht objektiv zu hinterfragen, ist es, welche pro kommunistische Positionen noch befeuert und unterstützt. Nur weil ein Kommunist gegen die NATO steht, ist er nicht ein Freund der Freiheit!

Unsere weißen Brüder in der Ukraine führen die antikommunistische Front und stehen in diesem Kampf nicht alleine.“

<https://neue-stärke.eu/solidaritaet-mit-der-ukraine/Download>  
8.9.2023



### **Einordnung**

Mit ihrer Haltung zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine steht die Neue Stärke Partei im Gegensatz zur Mehrheit der RechtsextremistInnen, RechtspopulistInnen und Neuen Rechten.

Sie identifiziert Russland als kommunistischen Staat und stellt sich in eine anti-kommunistische Tradition. Die UkrainerInnen werden dagegen als Teil einer „weißen Rasse“ identifiziert, die einen Krieg für den ebenso „weißen“ europäischen Kontinent führen. Sie sollten unterstützt werden. Die Neue Stärke Partei argumentiert nicht nur rassistisch, sondern verneint auch, dass ein Kommunist der „weißen Rasse“ angehören kann. Für sie ist die innere Disposition eines Kommunisten wichtiger als seine Hautfarbe. Damit steht sie in der Tradition des Antibolschewismus der NSDAP. Wie diese hegt sie die Angst vor einem kommunistischen Imperialismus. Folgerichtig wendet sie sich nicht der NATO zu, sondern fordert die EuropäerInnen auf, zusammenzustehen.

Zentraler Standpunkt der Neue Stärke Partei ist somit der Kampf gegen einen vermeintlichen kommunistischen Imperialismus, der als Bedrohung für das Überleben der „weißen Rasse“ identifiziert wird.

Aus dieser Sicht schlägt sie sich auf die Seite der UkrainerInnen, gegen Russland, gegen die NATO und gegen den Großteil der rechtsextremen Szene.

**Neue Stärke Partei** ist eine neonationalsozialistische Kleinstpartei, die 2021 aus einer rechtsextremistischen Vereinigung in Erfurt hervorgegangen ist und ihre Schwerpunkte in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz hat. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 81.*

## Identitäre Bewegung

„Welche Lehren und was für ein Fazit können wir als Identitäre aus diesem Konflikt ziehen?“

1. Das unipolare Zeitalter der US-Hegemonie ist tot. Und nach der Ukraine Krise möglicherweise mausetot. Die neuen geopolitischen Achsen und Machtblöcke werden selbstbewusster und entschlossener auftreten und eine Gegenerzählung zum liberalen Westimperium etablieren.

2. Geopolitik heißt Interessenpolitik. Man kann sich natürlich auf einen bequemen pazifistischen Standpunkt zurückziehen und sich ein Weltreich des globalen Friedens und Weltbürgertum herbeisehnen. Mit der Realität hat dies jedoch wenig zu tun. Das bedeutet jedoch auch, dass es keinen externen Heilsbringer geben wird, der eines Tages die Völker Europas befreien wird und ihnen den Bedingungsrahmen für den Erhalt ihrer ethnokulturellen Identität schafft. Unsere Krisen müssen wir selbst lösen!

3. Europas Völker werden ihren Selbstbehauptungswillen nur als einheitlicher Block souveräner Nationalstaaten mit gemeinsamen Sicherheitsinteressen wiedererlangen. Wir sind weder US-Marionette noch Kreml Sprachrohr. Hierbei gilt es auch sich einen multidimensionalen Blick zu bewahren. Die größte Bedrohung für die Stabilität und Existenz der europäischen Völker ist vom Mittelmeer aus kommend und heißt „Die Migrationswaffe“! Die Interessen in Kiew und im Donbass sind nicht unsere Interessen. Der Westen zieht seine Bürger jedoch ohne ausreichendes demokratisches Mandat in diese hinein.“

<https://www.identitaere-bewegung.de/neuigkeiten/krieg-in-europa/>  
Download 24.4.2024



### **Einordnung**

Die Erklärung der Identitären Bewegung zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine stammt aus dem Jahr 2022. Seitdem befindet sich die Identitäre Bewegung in einem Umbruch, der mit dem Ausscheiden ihrer Führungsfigur Martin Sellner zusammenhängt.

Die Erklärung entwickelt eine isolationistische Position. Deutschland habe keine Interessen in diesem Konflikt und solle sich heraushalten. Stattdessen solle es sich intensiv um die Abwehr der Migration vor allem aus dem Mittelmeerraum kümmern. Hier liege die eigentliche Bedrohung.

Außen- und sicherheitspolitisch wünscht sich die Identitäre Bewegung Deutschland als Teil eines souveränen Staatenverbundes in Europa, der in seinem Handeln unabhängig von Russland oder den USA ist. Die einzelnen Nationalstaaten sollen eine eigenständige „ethnisch-kulturelle Identität“ haben.

Die Identitäre Bewegung verzichtet daher darauf, die Ukraine oder ihre Bürger in irgendeiner Form zu unterstützen.

**Die Identitäre Bewegung** ist eine rechtsextremistische Organisation der Neuen Rechten, die vor allem im Internet aktiv ist und durch spektakuläre Aktionen auf sich aufmerksam machen will. Sie zählte 2022 rund 500 Mitglieder. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 73.*

## RechtspopulistInnen/RechtsextremistInnen: Die AfD

In der zweiten Phase übertrug die AfD ihre ablehnende Haltung gegenüber der Zuwanderung von Menschen von außerhalb Europas auf die Flüchtlinge aus der Ukraine. Sie stellte sie als Menschen dar, die den „Deutschen“ die Wohnungen streitig machen, Straftaten begehen oder das Sozialsystem der Bundesrepublik ausnutzen.<sup>1</sup>



*Im Februar 2023 profitierte die AfD von der Fehlkommunikation einer Wohnungsverwaltung in der baden-württembergischen Stadt Lörrach (Bild oben), in der kommuniziert wurde, dass die Bewohnerinnen der Wölblinstraße 21 bis 29 Platz für ukrainische Geflüchtete machen müssten. Nicht dargestellt wurde von der AfD, dass es sich um sanierungsbedürftige Gebäude handelte, deren Sanierung oder Abriss feststand. Es wurde auch nicht dargestellt, dass sich die MieterInnen gegen die Zwangsräumung rechtlich zur Wehr setzen konnten, wenn ihnen das Angebot der Wohnbauverwaltung und der Stadt für Ersatzwohnraum nicht zusagte. Die AfD stellte den Vorgang so dar, dass vermeintlich deutsche MieterInnen ukrainischen Geflüchteten weichen müssten.\**

<sup>1</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=APzYOCeHJ3A> (Download 24.4.2024),  
<https://www.n-tv.de/politik/Nach-Anschlag-wieder-voll-funktionsfaehig-article24532493.html>  
(Download 24.4.2024)  
\* <https://afdkompakt.de/2023/02/21/alice-weidel-loerrach-muss-sich-asylpolitik-verweigern/>  
(Download 24.4.2024)



Die AfD führt auf ihrer Internetseite einen sogenannten „Einzelfallticker“. Ziel ist es, Straftaten von Geflüchteten zu dokumentieren. Dabei wird plakativ nur die Nationalität der Personen genannt, die als ausschlaggebendes Merkmal herausgestellt wird. In ihrer stereotypen Darstellung als vermeintliche Kriminelle werden sie jedoch nicht differenziert. Auch viele UkrainerInnen werden als TäterInnen aufgelistet. Die Vorfälle werden ironisch als „Einzelfälle“ bezeichnet. Die Fülle der Artikel soll beweisen, dass es sich keineswegs um Einzelfälle handelt. Ziel ist eine Darstellung von ukrainischen Geflüchteten als TäterInnen, die kontinuierlich ist. Dies ist sehr einseitig, vernachlässigt alle anderen StraftäterInnen in Deutschland und kann den Eindruck vermitteln, Geflüchtete seien ausschließlich kriminell.

Inhaltlich geht es meist um Drogenbesitz, Einschleusung von Geflüchteten aus dem Nahen Osten und Gewalt unter Alkoholeinfluss.<sup>2</sup>

**Die Alternative für Deutschland (AfD)** ist auf Bundesebene eine rechts-populistische Partei, aber drei Landesverbände werden mittlerweile als rechtsextrem eingestuft: Die Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.



<https://antisla.de/afd-einzelfallticker-auflistung-von-straftaten-gefluechteter-menschen/>

<sup>2</sup> <https://www.afd.de/einzelfallticker/> (Download 25.4.2024)

## Ein Prozent

„Deutschland, und damit Europa, müssten sich ihrer Rolle als tatsächliche „Mittelmacht“, als Vermittler zwischen diesen beiden Polen, gewahr werden. Die eindeutige Westorientierung in den Berliner Köpfen hat den Dialog mit dem Kreml über Jahre hinweg, spätestens seit 2014, vergiftet. Seitdem hat Europa wenig getan, um sich im Osten als vertrauenswürdiger Partner und Architekt eines tatsächlichen, modernen Systems für kollektive Sicherheit zu präsentieren. Da ist die NATO-Osterweiterung, der Kaukasuskrieg 2008, die wohlgemeinte, aber missbrauchte russische Enthaltung zur Flugverbotszone in Libyen 2011, der Euromaidan 2014, das vorzeitige Aus für die Pipeline South Stream über den Balkan, das US-amerikanische Engagement in der Ukraine, das deutsche Zögern bei Nord Stream 2 bis hin zu einem neuen Krieg: Irgendwie lief doch alles auf diesen Punkt hin und keiner in Europa will daran schuld gewesen sein. Hier hätte es Augenmaß, Verständnis für die europäischen und russischen Interessen gebraucht anstatt einer Hinhaltetaktik und Ablehnung.

<https://www.einprozent.de/blog/recherche/der-krieg-in-der-ukraine-vier-zukunftsszenarien/2942>, Download 13.2.2024

**EINPROZENT**



### **Einordnung**

„Ein Prozent“ sieht auch Deutschland in einer Mitschuld für den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Die Aufgabe der deutschen Politik wäre es gewesen, als Teil Europas zwischen den USA und Russland zu vermitteln und ein System kollektiver Sicherheit zu entwickeln. Die Orientierung auf Westeuropa und die USA habe das Verhältnis zu Russland seit Jahren vergiftet.

„Ein Prozent“ plädiert für einen Ausgleich mit Russland und die Vertretung europäischer statt amerikanischer Interessen.

Die Vernetzungsplattform legt sich jedoch nicht vollständig fest. Sie versammelt seit 2022 mehrere Perspektiven von RechtsextremistInnen, RechtspopulistInnen und der Neuen Rechten.

**Ein Prozent** ist eine rechtsextremistische Vernetzungsplattform für Einzelpersonen, Gruppierungen und Organisationen. Sie ist vor allem auf kulturpolitischer Ebene aktiv und versucht eine rechtsextreme „Gegenkultur“ zu schaffen. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 77.*

## Compact

„Jeder anständige Deutsche hat die Pflicht, der Kriegshetze zu widerstehen und zu widersprechen. Der Frontaufbau gegen unseren Nachbar im Osten liegt nicht in unserem und auch nicht im europäischen Interesse, sondern dient nur der angloamerikanischen Macht. Dass diese zur Bemäntelung ihrer Ziele von der Verteidigung der Freiheit schwafelt, ist ein durchsichtiger Trick, den man auch ohne Dokortitel durchschauen kann.“ Jürgen Elsässer

<https://www.compact-online.de/keine-schein-loesungen-im-ukraine-krieg/>  
Download 13.2.2024



Jürgen Elsässer, Chefredakteur des rechts-extremistischen Magazins Compact.

### Einordnung

Das rechtsextreme Magazin „Compact“, herausgegeben von Jürgen Elsässer, vertritt eine klare Position. Deutschland würde nur von den AngloamerikanerInnen benutzt, um letztendlich Russland zu schwächen. Dies sei weder im deutschen noch im europäischen Interesse.

**Compact** ist ein rechtsextremistisches Magazin, das von Jürgen Elsässer herausgegeben wird. Dazu gehört auch ein youtube-Kanal, der im Jahr 2022 etwa 167 000 AbonnentInnen hatte. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 101.*

Jürgen Elsässer (geb. 1957), ursprünglich aus dem politisch linken Spektrum kommend, ist heute Chefredakteur des rechtsextremistischen Magazins Compact. Dank seiner Medienwirkung gehört er zu einem der einflussreichsten Akteure im deutschen Rechtsextremismus. Dabei nimmt er eine unabhängige Position ein. Er übt durchaus scharfe Kritik an der AfD oder anderen VertreterInnen des Rechtspopulismus und Rechtsextremismus, stellt eigenständig politische Agenden auf und mischt sich in bestehende Diskurse mit seinen politischen und strategischen Ansätzen ein. Seine Einflussmöglichkeiten sind insbesondere aufgrund der Sozialen Medien größer als die von Götz Kubitschek vom Institut für Staatspolitik.

## PI-News

„Die letzte Chance für den Erhalt eines von Russland unabhängigen ukrainischen Staates besteht darin, sofort mit Moskau über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Und dann über einen Frieden, für den Kiew zweifellos erhebliche territoriale Zugeständnisse machen müsste. Alternativ können die Ukrainer bis zur letzten Patrone weiterkämpfen und dem historischen Beispiel des heroischen Untergangs ihrer deutschen militärischen Vorbilder aus dem Zweiten Weltkrieg folgen. Aber falls sie diesen Weg gehen, werden sie dann, wenn der Frieden diktiert wird, kein eigenständiger Faktor mehr sein.“

PI-NEWS-Autor Manfred Rouhs

<https://www.pi-news.net/2024/01/die-ukraine-ist-am-ende/> Download 13.2.2024



### Einordnung

Auf der rechtsextremen Online-Plattform PI-News kommen zahlreiche Stimmen zu Wort. Sie ist tendenziell russlandfreundlich und plädiert für einen Waffenstillstand oder Frieden zwischen den Kontrahenten Russland und Ukraine. Von einem Rückzug Russlands aus den besetzten Gebieten und von der Krim ist keine Rede. Aus deutscher Sicht müsste der Krieg auch aus wirtschaftlichen Gründen beendet werden. Er koste zu viel.

**PI-News** ist ein reichweitenstarkes rechtsextremistisches Online-Medium. Die Abkürzung „PI“ steht für „Politically Incorrect“. Ein Impressum mit klarer Verantwortlichkeit existiert nicht, und die meisten AutorInnen benutzen Pseudonyme. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 79/80.*



Viele AutorInnen von PI-News schreiben unter Pseudonym. Es ist nicht erkennbar, wer sie sind.

## PEGIDA

„Raketen, Panzer und Kampfjets schaffen keinen Frieden. Weitere Waffenlieferungen prolongieren lediglich die quasi einbetonierte territoriale und militärische Pattsituation zwischen den Kriegsparteien und nehmen dabei fahrlässig in Kauf, dass weiterhin tausende Menschen unnötig ihr Leben lassen müssen. Das Schlachtfeld ist daher zu verlassen und mit dem diplomatischen Parkett einzutauschen. Waffenlieferungen durch den Westen sind einzustellen, um damit ein weiteres Drehen an der Eskalationsschraube zu vermeiden. Es ist höchste Zeit, alle mittel- und unmittelbar beteiligten Parteien umgehend an den Verhandlungstisch zu bringen, um dieser wohl größten Katastrophe in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg so rasch wie möglich ein Ende zu setzen und zur unumstößlichen Wahrung des Völkerrechtes zurückzukehren. Frieden ist alternativlos.“

Presseerklärung vom 22.4.2023  
Europäisches Bündnis für Frieden und Völkerverständigung  
Großer Dresdner Friedensspaziergang mit Appell für Waffenstillstand und Friedensverhandlungen  
<https://www.pegida.de/>  
Download 16.2.2024



### Einordnung

Die rechtsextreme Organisation Pegida plädiert auf ihrer Homepage gemeinsam mit dem Europäischen Bündnis für Frieden und Völkerverständigung offenbar für eine diplomatische Lösung des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine. Damit soll der Konflikt beendet werden.

Allerdings fordert Pegida auch die Einstellung der Waffenlieferungen der westlichen Welt an die Ukraine.

Militärisch würde dies das Ende der Widerstandsfähigkeit der ukrainischen Armee bedeuten. Das Land würde den Krieg verlieren, es würde vollständig von der russischen Armee besetzt werden.

Damit spielt die Position von Pegida Wladimir Putin in die Hände.

**Pegida** Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ sind eine parteiunabhängige rechtsextremistische Organisation unter dem Vorsitz von u. a. Lutz Bachmann. Seit 2014 demonstrieren sie vor allem in Dresden. Ihre Resonanz in der Bevölkerung ist deutlich zurückgegangen. In der Regel erreichen sie 400 bis 600 Personen. *Sächsisches Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg): Sächsischer Verfassungsschutzbericht 2022. Dresden 2023. S. 73*



Lutz Bachmann, geb. 1973, einer der Vorsitzenden des PEGIDA Förderverein e.V.



## Phase 3: Festlegung der AfD – November 2023

Während die bisher genannten Akteure ihre Position zum russischen Angriffskrieg kaum verändert haben, hat sich die AfD nunmehr festgelegt. Sie vertritt seit November 2023 die Position: „Das ist nicht unser Krieg.“ Sie fordert ein Ende der Waffenlieferungen und der finanziellen Unterstützung für die Ukraine. Den UkrainerInnen in Deutschland soll das Bürgergeld entzogen werden<sup>1</sup>.

Die Konsequenzen dieser Position der AfD bei ihrer Umsetzung wären folgende:

- **Die Ukraine würde keine Finanz- und Militärhilfe erhalten. Da Deutschland das europäische Land ist, das in diesen Bereichen mit Abstand am meisten leistet, bestünde die große Gefahr, dass die Ukraine den militärischen Konflikt verliert.**
- **Die russischen Truppen würden vorrücken und es käme zu einer neuen Fluchtwelle, die auch Deutschland erreichen würde.**
- **Die ukrainischen Geflüchteten hätten in Deutschland keinen Schutz mehr und müssten das Land verlassen. Doch in ihrer Heimat herrscht Krieg.**

Kurz zusammengefasst: Die AfD-Position „Das ist nicht unser Krieg“ wäre, wenn sie umgesetzt würde, eine Katastrophe für die Ukraine und für Deutschland.

Während sich die bisher genannten Akteure in ihrer Positionierung zum russischen Angriffskrieg kaum veränderten, vollzog die AfD die genannte Festlegung im November 2023.



---

<sup>1</sup> <https://www.youtube.com/watch?v=APzYOCeHJ3A>, Download 12.4.2024.  
<https://www.n-tv.de/politik/Nach-Anschlag-wieder-voll-funktionsfaehig-article24532493.html>, Download 12.4.2024.



## Befunde der „Mitte-Studie“

Die Friedrich-Ebert-Stiftung fördert die wichtigste repräsentative Langzeitstudie über die Verbreitung rechtsextremer und demokratiegefährdender Einstellungen in Deutschland. Diese sogenannte Mitte-Studie wird unter der Leitung des Bielefelder Professors Andreas Zick durchgeführt. In der letzten **Ausgabe von 2022/23** wurden auch Einstellungen zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine abgefragt und wissenschaftlich eingeordnet.

Dabei wurde unter anderem folgendes Ergebnis festgehalten: „In Bezug auf die beiden gegensätzlichen Positionen zum Krieg äußern sich die Befragten mit wenig Vertrauen in die Demokratie und Neigung zum Populismus seltener proukrainisch („Die Ukraine verteidigt unsere europäischen Werte“) und häufiger prorussisch („Russland wehrt sich gegen die Bedrohung aus dem Westen.“) als solche mit hohem Vertrauen in die Demokratie und geringem Hang zum Populismus.“<sup>1</sup>

Damit wird deutlich, dass Personen in Deutschland, die sich der Demokratie verbunden fühlen, sich eher auf Seiten der Ukraine positionieren. Personen, die der Demokratie in Deutschland eher kritisch gegenüberstehen, schlagen sich eher auf die Seite Russlands.

Dieser Befund wird in der Studie sogar noch weiter unterstrichen. Dort heißt es: „Darüber hinaus korreliert die prorussische Position deutlich mit rechtsextremen Einstellungen, insbesondere mit der Befürwortung einer rechtsextremen Diktatur und Sozialdarwinismus“.<sup>2</sup>

Dieses Ergebnis hat aus unserer Sicht zwei Konsequenzen: Zum einen bestätigt es die Ausführungen in dieser Broschüre: Rechtsextreme und rechtspopulistische AkteurInnen und die Neue Rechte in Deutschland sympathisieren im Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine eher mit dem Aggressor. Andererseits wird deutlich, dass diese Parteinahme für Russland für RechtsextremistInnen und RechtspopulistInnen politisch opportun ist, weil sie damit ihr eigenes Wählerklientel erreichen. Es macht für sie also Sinn, diese Position zu vertreten.

Vermutlich handelt es sich um einen wechselseitigen Prozess. Denn die rechtsextremen und rechtspopulistischen AkteurInnen in Deutschland bringen ihre Positionen über die Medien in die Öffentlichkeit und werben für sie. Teile der Öffentlichkeit stimmen dem zu und bestätigen damit wiederum die rechtsextremen und rechtspopulistischen AkteurInnen.

---

1 Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Die distanzierte Mitte: Rechtsextreme und demokratiegefährdende Einstellungen in Deutschland 2022/23. Bearb. v. A. Zick, B. Küpper, N. Mokros. Bonn 2023. S. 284

2 Ebda.



## 4. Zusammenfassung

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine, der am 24. Februar 2022 begann, hat die deutsche Öffentlichkeit überrascht. Auch RechtsextremistInnen, RechtspopulistInnen und die „Neue Rechte“ mussten dazu eine politische Position finden.

Traditionell fällt diese Aufgabe der Neuen Rechten zu, da sie per se den Anspruch erhebt, Inhalte zu reflektieren und in eine Perspektive zu rücken, die von rechtskonservativen bis rechtsextremen AkteurInnen geteilt werden kann. Im Falle des Angriffskriegs auf die Ukraine scheiterte sie allerdings. Sie war und ist bis heute nicht fähig, eine einheitliche Position zu bestimmen. Deshalb haben sich die einzelnen Akteure der rechtsextremen und rechtspopulistischen Szene ideologisch selbst positioniert. In einer **ersten Phase** schlug sich ein Großteil von ihnen auf die Seite des Aggressors Russland. Der Dritte Weg als rechtsextremistische Partei trat allerdings für die Ukraine ein, weil er schon langjährige Beziehungen dorthin hatte. In einer **zweiten Phase** differenzierte sich das Bild aus. Weitere Akteure wie die Neue Stärke Partei schlossen sich der Position des Dritten Weges an. Trotzdem bleibt die Mehrheit der RechtsextremistInnen auf Seiten Russlands. Dabei werden auch rassistische Positionen formuliert und teilweise ist dabei das ideologische Erbe des Nationalsozialismus deutlich präsent.

In einer **dritten Phase** positionierte sich die AfD als rechtspopulistische Partei, deren drei Landesverbände in Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen als gesichert rechtsextrem gelten. Auch ihre Jugendorganisation „Junge Alternative für Deutschland“ (JA) wird bundesweit so eingeordnet.

Die AfD hatte seit Ausbruch des Krieges bis zum November 2023 eine klare Aussage vermieden. Wie in der Neuen Rechten gab es ganz unterschiedliche Wortmeldungen, die zugelassen wurden. Ende 2023 hat sich die AfD auf die Position festgelegt, dass Deutschland kein Interesse am Ukrainekonflikt habe. „Das ist nicht unser Krieg“, lautet der populistische Slogan. In der Konsequenz bedeutet dies, dass keine finanzielle oder militärische Hilfe an die Ukraine geleistet werden solle. Außerdem solle den UkrainerInnen in Deutschland das Bürgergeld entzogen werden. Diese politische Position des völligen Desinteresses an der Verteidigung der Ukraine gegen den Angriffskrieg Russlands hätte zur Folge, dass Deutschland als wichtigster europäischer Partner der Ukraine in diesem Konflikt ausfallen und damit ihre Erfolgsaussichten weiter deutlich sinken würden. **All dies spielt Russland in die Hände.**



# 5. Glossar

**Alternative für Deutschland (AfD)** ist auf Bundesebene eine rechtspopulistische Partei, aber drei Landesverbände werden mittlerweile als rechtsextrem eingestuft: Die Landesverbände Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen.

**Compact** ist ein rechtsextremistisches Magazin, das von Jürgen Elsässer herausgegeben wird. Dazu gehört auch ein youtube-Kanal, der im Jahr 2022 etwa 167 000 AbonnentInnen hatte. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 101*

**Die Heimat** Die rechtsextremistische Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) hat sich im Jahr 2023 in „Die Heimat“ umbenannt. Im Jahr 2022 hatte die NPD noch rund 3 000 Mitglieder. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 51*

**III. Weg** ist eine rechtsextremistische Partei mit bundesweit etwa 700 Mitgliedern (Stand 2022). In ihrem 10-Punkte-Programm vertritt sie Positionen wie „Schaffung eines deutschen Sozialismus“ oder „Kein deutsches Blut für fremde Interessen“. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 51/84/ <https://der-dritte-weg.info/zehn-punkte-programm/> Download 22.2.2024*

**Ein Prozent** ist eine rechtsextremistische Vernetzungsplattform für Einzelpersonen, Gruppierungen und Organisationen. Sie ist vor allem auf kulturpolitischer Ebene aktiv und versucht eine rechtsextreme „Gegenkultur“ zu schaffen. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 77*

**Identitäre Bewegung** ist eine rechtsextremistische Organisation der Neuen Rechten, die vor allem im Internet aktiv ist und durch spekta-

kuläre Aktionen auf sich aufmerksam machen will. Sie zählte 2022 rund 500 Mitglieder. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 73*

**Institut für Staatspolitik** Das Institut für Staatspolitik ist ein eingetragener rechtsextremistischer Verein. Es ist ein wichtiger Akteur in der rechtsextremen, rechtspopulistischen und neurechten Szene. Es hat seinen Sitz in Schnellroda, Sachsen-Anhalt. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 78*

**Neue Stärke Partei** ist eine neonationalsozialistische Kleinstpartei, die 2021 aus einer rechtsextremistischen Vereinigung in Erfurt hervorgegangen ist und ihre Schwerpunkte in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz hat. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 81*

**Pegida** Die „Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ sind eine parteiunabhängige rechtsextremistische Organisation unter dem Co-Vorsitz von Lutz Bachmann. Seit 2014 demonstrieren sie vor allem in Dresden. Ihre Resonanz in der Bevölkerung ist deutlich zurückgegangen. In der Regel erreichen sie 400 bis 600 Personen. *Sächsische Staatsministerium des Inneren und Landesamt für Verfassungsschutz Sachsen (Hrsg.): Sächsische Verfassungsschutzbericht 2022. Dresden 2023. S. 73*

**PI-News** ist ein reichweitenstarkes rechtsextremistisches Online-Medium. Die Abkürzung „PI“ steht für „Politically Incorrect“. Ein Impressum mit klarer Verantwortlichkeit existiert nicht und die meisten AutorInnen benutzen Pseudonyme. *Bundesministerium des Inneren und für Heimat (Hrsg.): Verfassungsschutzbericht 2022. Berlin 2023. S. 79/80*

Die Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung des BMFSFJ oder des BAFZA dar. Für inhaltliche Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung.

Gefördert vom



im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

## Impressum

© PD Dr. Nils M. Franke, Leipzig, April 2024

Projekt „Empowerment für JournalistInnen und zur Barrierebildung gegen Antislawischen Rassismus in Analogen und Sozialen Medien“, kurz: Antisla  
Mehr Informationen unter: <https://antisla.de/>

Herausgeber: Erich Zeigner Haus e.V.  
Haus Steinstraße, Steinstraße 18, 04275 Leipzig  
<https://erich-zeigner-haus-ev.de/>  
[kontakt@erich-zeigner-haus-ev.de](mailto:kontakt@erich-zeigner-haus-ev.de)

Redaktionsschluss: 30.4.2024

### Bildnachweis

**Umschlag vorn & Umschlag hinten** © Anna Vilkowa; **S. 7** © Michaela Weber/Erich-Zeigner-Haus e.V.; **S. 10** By Metropolico.org - Götz Kubitschek, CC BY-SA 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=44862826>; **S. 11 oben:** Von Ron Kroon / Anefo - <http://proxy.handle.net/10648/ab36fed0-d0b4-102d-bcf8-003048976d84>, CC0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=73604619> / **unten:** Von Photo: Andreas Praefcke - Eigenes Werk, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=3996498>; **S. 13** By PantheraLeo1359531 - Own work, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=82811614>; **S. 28** Von Wladyslaw Sojka - Eigenes Werk, CC BY 3.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=21097214>; **S. 32** Von Alexander Böhm - Eigenes Werk, CC BY-SA 4.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=45700697>; **S. 35** Von Miklós Ligeti - Selbst fotografiert, Gemeinfrei, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=491373>; **S. 37** Von [1] - Lutz Bachmann auf flickr, CC BY-SA 2.0, <https://commons.wikimedia.org/w/index.php?curid=42962724>







